



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Flüchtlinge nicht kriminalisieren, gegen den Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums Position beziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen die im Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums vorgesehenen Inhaftierungsandrohungen für einreisende Flüchtlinge einzusetzen.

Begründung:

Der neue Referentinnen- und Referentenentwurf des Bundesinnenministers würde zu einer Kriminalisierung eines großen Teils der neu ankommenden Flüchtlinge führen. Festnahmen und Inhaftierungen sollen nach derzeitigem Gesetzestext schon möglich sein, wenn jemand „unter Umgehung einer Grenzkontrolle eingereist“ sei, Identitätspapiere wie Ausweise vernichtet oder „unstimmige oder falsche Angaben gemacht“ hat oder falsche Angaben über seine Identität oder seinen Reiseweg macht oder sich vor der Polizei versteckt. Diese Verhaltensweisen deutet das Ministerium als Anhaltspunkte für „Fluchtgefahr“. Fast jeder Flüchtling, der nach Deutschland kommt, läuft dann Gefahr, inhaftiert zu werden.

Die überfälligen Verbesserungen des Bleiberechts für schon mehrere Jahre hier lebende Flüchtlinge müssen bald umgesetzt werden.